

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/55

20. März 1975

Der Wahlkampf lohnt sich !

Eine Million Sozialdemokraten gegen Angstkampagnen

Von Maria Schlei MdB
Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

Seite 1 / 35 Zeilen

Strauß wird Sonthofen nicht los

CDU muß Krisenstrategie-Verantwortung mittragen

Seite 2 / 37 Zeilen

Schickt die EG einen Botschafter nach Guinea-Bissau ?

Brüssel diskutiert einen interessanten Vorschlag von
Staatsminister Wischniewski

Von Ludwig Fellermeier MdB
Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion des Euro-
päischen Parlaments

Seite 3 und 4 / 49 Zeilen

Die Glosse im SPD-Pressediens

Skandal im Schloß

Seite 5 / 40 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Neussallee 2-10
Postfach: 120 409
Pressesaal I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 39
Telex: 05 85 648 - 48 ppbd

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Der Wahlkampf lohnt sich !

Eine Million Sozialdemokraten gegen Angstkampagnen

Von Marie Schlei MdB

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

Demoskopische Analysen sind Momentaufnahmen. Deshalb müssen sie nicht wie unbeeinflugbare Naturereignisse hingenommen werden. Man ist nicht auf das Prinzip Hoffnung angewiesen, Bruder Trend werde seinen Fuß beim nächsten Mal wieder ins eigene Lager setzen. Mit solchem Fatalismus werden oft Scheinzusammenhänge hergestellt: Wenn die Pferde saufen, gehe es auch bei Wahlen wieder bergauf, ansonsten helfe nur Beten.

Abgesehen davon, daß wir gerade in diesen Wochen den Tiefpunkt des Abschwungs überqueren - welcher Demoskop hätte eigentlich je behauptet, in schwierigen Zeiten seien Wahlen für Regierungsparteien kaum zu gewinnen? Es widerspräche der Geschichte der SPD, wenn sie plötzlich kein Vertrauen mehr in die Aufklärerarbeit des Bürgers hätte. Auch heute wissen die Wähler, daß die Arbeitsplätze am zuverlässigsten von Sozialdemokraten gesichert werden.

Nicht so gegenwärtig ist, was man in der Wirtschaftspolitik von einer Regierung heute realistischerweise erwarten kann und was nicht. Keine Regierung einer Industrienation kann beispielweise die Ölpreise auf das Niveau des Jahres 1973 drücken. Die Folge ist eine zeitweise, begrenzte Arbeitslosigkeit, unvermeidlich, weil die Wirtschaftsstruktur angepaßt werden muß, damit nicht morgen eine Weltwirtschaftskrise ausbricht.

Viele Bundesbürger wissen, daß sie von der Bundesregierung mit ihren Sorgen nicht alleingelassen werden. Trotzdem wird gefragt, ob die individuelle Sicherung nicht Zufall sei und die Gefahr einer allgemeinen Wirtschaftskrise alle persönlichen Erfolge zunichte machen könne. Die meisten Bürger der Bundesrepublik wissen die Erfolge hierzulande im Vergleich zu anderen Industriestaaten zu schätzen und lassen sich mit derartigen Fragen nicht in "Angetlücken" manövrieren. Noch viel mehr wüßten über die tatsächlichen Zusammenhänge Bescheid, wenn die Kräfte des Verschweigens und Verdrehens, der Angstmache und Ablenkung nicht immer wieder genährt würden wie durch die Bürgerschreck-Rede von Strauß.

Doch überzeugender als jede Propaganda ist das persönliche Gespräch. Eine Million Sozialdemokraten in unserem Land können solche Kampagnen der Angst die Wirkung nehmen, wenn sie sich anstrengen. Zusammen mit der bereits spürbaren wirtschaftlichen Wiederbelebung zahlt sich jede Anstrengung doppelt aus. Bleiben wir bei diesem bewährten Rezept, dann werden die Demoskopen allmählich auf neue Zusammenhänge stoßen. (-/20.3.1975/ka/pr)

+ + +

Strauß wird Sonthofen nicht los

CDU muß Krisenstrategie-Verantwortung mittragen

Der Auftritt des "ersten" Kanzleretats-Redners der Opposition im Bundestag, das damit nun auch formell an die Spitze gerückten CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, hat nach übereinstimmender Beurteilung auch in CDU/CSU-freundlichen Kreisen ausschließlich dem Zweck gedient, das Sonthofener Aktionsprogramm, das weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus einen Negativechock ausgelöst hat, mit einem einseitigen Wortschwall zu verharmlosen. Dieser allzu offensichtliche Versuch ist trotz des Bemühens der Oppositionsfraktion, willig oder widerwillig "ihren" Mann nicht im Regen stehen zu lassen, mißglückt. Die Sonthofener Selbstenthüllung des Franz Josef Strauß ist mehr denn je im öffentlichen Gerate und sie wird es auch bleiben, weil sie praktisch zu einem Eigenläufer geworden ist.

Der CSU-Vorsitzende hat selbst zu dieser Entwicklung beigetragen, die in ihrer Intensität und als Dauerbrenner alle Erwartungen und Befürchtungen übertrifft. Strauß hat es weder in der "report"-Sendung noch im Bundestag vermocht, die von ihm aufgestellte These glaubhaft werden zu lassen, daß das Sonthofener Papier sozusagen ein "alter Hut" und damit jedermann seit langem bekannt, also jedenfalls keine Sensation sei. Das läßt sich für einen Teil der Sonthofener Rede nicht abstreiten, denn es gehört zu den Eigenheiten von Strauß, mit "alten Hüten" hausieren zu gehen. Sonthofen hat aber nicht wegen der Allerweltpassagen schokkiert, sondern wegen der in dieser Art und Form nun tatsächlich erstmaligen Darstellung der, um Herbert Wehner zu zitieren: "Krisenheraufbeschwörungstrategie", die den alternden Strauß in einer letzten Kraftanstrengung doch noch an die so heiß ersehnte und erbittert umkämpfte Macht bringen soll.

Die CDU, die sich in vorsichtigen Führungsaussagen zunächst behutsam aus der Sonthofener Schußlinie bringen wollte, ist jetzt - wenn man den Fraktionsvorsitzenden Prof. Dr. Karl Carstens zum Maßstab nimmt - mit wehenden Fahnen und eigentlich überdrehtem Tempo in Hautnähe des CSU-Vorsitzenden gedrängt worden. Die CDU hat sich damit in den Augen der Öffentlichkeit und der Wähler mit dem Strauß von Sonthofen identifiziert, der ihr und ihrem unglücklichen Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl sicher keine Gelegenheit mehr einräumen wird, die Verantwortung für die Krisenstrategie und ihre Folgen voll mittragen zu müssen.

(ee/20.3.1975/bgy/ee)

+ + +

Schickt die EG einen Botschafter nach Guinea-Bissau ?

Brüssel diskutiert einen interessanten Vorschlag von Staatsminister Wischniewski

Von Ludwig Fellermeier MdB

Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments

Schon vor einiger Zeit war Außenamts-Staatsminister Hans Jürgen Wischniewski mit dem Vorschlag an die Öffentlichkeit getreten, die Europäische Gemeinschaft sollte einen Botschafter nach Guinea-Bissau entsenden, der die Gemeinschaft und die neuen Mitgliedsländer in diesem unabhängig gewordenen Staat diplomatisch vertreten könnte. In der europäischen Öffentlichkeit hatte es ein durchaus günstiges Echo auf diesen Vorschlag gegeben.

Wer aber darauf gewartet hatte, daß Rat und Kommission der Europäischen Gemeinschaft sich diesen Vorschlag zu eigen machen und entsprechende Initiativen in die Wege leiten würden, der sah sich enttäuscht. In einer solchen Lage ist es Pflicht und vornehmstes Recht eines Europ-Parlamentariers, die Sache nicht auf sich beruhen zu lassen, sondern durch Anfragen an Kommission und Rat an diesen interessanten Vorschlag zu erinnern. Dies ist inzwischen geschehen. Man fragt sich, ob es wohl eine konkrete Antwort geben wird, oder ob Brüssel auch dieses Problem noch länger vor sich herschieben will. Es muß mit der schlechten Praxis ein Ende haben, daß immer wieder zahlreiche gute Vorschläge und Ideen in den Brüsseler Schreibtischen vermodern.

Während die Staats- und Regierungschefs sich selbst den Auftrag erteilt haben, daß bis zum Jahresende der Bericht zur politischen Union vorzuliegen hat, könnte man in dieser Frage meinen, der Weg zur Europäischen Union sei noch so weit, daß die Frage eines gemeinsamen EG-Botschafters noch nicht lösbar sei. In Wirklichkeit zeigen Abreden zwischen den Mitgliedsstaaten über ihr Verhalten z.B. im Rahmen der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen oder der KSZE, daß politische Zusammenarbeit in der

Außenpolitik auf Teilgebieten schon ständige Praxis geworden ist.

Regelmäßig sieht das so aus, daß im Einvernehmen mit den anderen der Botschafter des Mitgliedstaates, der im Rat den Vorsitz führt, für die Gemeinschaft spricht. Eine lose Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten reicht aber nicht mehr aus. Sie entspräche auch nicht der Tatsache, daß die Europäische Gemeinschaft selbst Völkerrechtsobjekt ist, soweit ihre Kompetenzen reichen. Weil dies allgemein anerkannt ist, haben zahlreiche Staaten diplomatische Vertretungen bei der EG eingerichtet, und immer mehr Länder aus allen Teilen der Welt entsenden EG-Botschafter nach Brüssel.

Will die EG zu einer echten Gemeinschaft werden, so muß sie nicht nur nach innen zusammenwachsen, sondern auch nach außen immer mehr mit einer Stimme sprechen. Die Entsendung von gemeinsamen Botschaftern - vielleicht zuerst im Rahmen eines Experimente - in eines oder wenige Länder könnte dafür ein geeignetes Mittel sein. Für dieses Experiment bietet sich nicht nur Guinea-Bissau an, vielmehr stellt sich nach der neuen Konvention von Lome, in der 46 Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifiks ein langfristiges Abkommen mit der EG geschlossen haben, die Frage, ob sich die Mitgliedsländer der Gemeinschaft künftig in diesen Staaten wirklich mit jeweils neun Botschaftern vertreten lassen wollen.

Wo Mitgliedsstaaten außenpolitisch und vor allem auch entwicklungs- politisch oft nicht mehr allein handeln können, kann die Gemeinschaft als Ganzes - Lome hat es bewiesen - eine wichtige Rolle spielen. Deshalb muß die Entsendung gemeinsamer Botschafter auf der Brüsseler Tages- ordnung bleiben.

(-/20.3.1975/bgy/pr)

+ + +

Die Glasse im SFD-Pressedienst

Skandal im Schloß

Selbst wenn der Rang der Hauptperson und die Umgebung ihres Handelns es nicht von vornherein völlig unmöglich machen würden, das Wort Staatsaffäre zu vermeiden, so erzwingen es doch auf jeden Fall die Dramatik und die überhaupt noch nicht abzusehenden Folgen des Ereignisses. Aus dem Musterlände Baden-Württemberg werden wir mit dem Fall konfrontiert, in dem es um nicht weniger (eher mehr) als Staateräson, Hierarchie, Protokoll und Ehre geht.

Der Vordergrund des Geschehens ist schnell skizziert. Landesvater Dr. Hans Filbinger, VW-Generaldirektor Toni Schmücker sowie VW-Aufsichtsratsvorsitzender Hans Birnbaum führten im Neuen Schloß zu Stuttgart in Gegenwart des Chefs des baden-württembergischen Staatministeriums, Staatssekretär Dr. Gerhard Mahler, Gespräche über die Zukunft eines Werks der Branche, die naturgemäß ernsten Charakter trugen. Vielleicht gerade deshalb oder auch nur, weil er Tabak mag, gelüftete den Generaldirektor nach blauem Dunst. Der Ministerpräsident, der Tabak nicht mag, konnte kaum etwas gegen das Arbeitsrauchen einwenden. Allein, es stellte sich schnell heraus, daß es der barocken Umgebung an einem Aschenbecher gebrach.

Was tun? Der Staatssekretär entschied sich für die Tat. Er verließ den Konferenzraum und rief: "Wo sind denn die bürokratischen Arschlöcher?" Fragen türmen sich auf Fragen. Darf ein Staatssekretär so etwas überhaupt? Darf der Chef eines Ministeriums eigenhändig Aschenbecher holen? Darf er die Bediensteten seines Hauses (100 an der Zahl) derart ansprechen? Er darf nach ihrem Aufenthaltsort fragen, ja; sie "bürokratisch" zu nennen, dürfte schon diskriminierend und bei vorliegendem Sachverhalt geradezu falsch sein. Das derbe deutsche Wort dagegen darf, wenn auch nach Feststellungen von Kennern schon mehr als 600 Jahre im Gebrauch, keinem Bediensteten im Dienst, weder in Stuttgart noch sonstwo, widerfahren.

Es ist indessen bekannt, daß der Staatssekretär kein Freund der Beamten ist. Das macht den Kasus nicht einfacher. Die Bediensteten erwarten eine förmliche Entschuldigung. Sie sind im Recht. Die Befürchtungen ihres Personalratsvorsitzenden, sie könnten "zum Gespött der Öffentlichkeit" werden, scheinen uns allerdings unbegründet. Solches hat mehr der Staatssekretär zu gewärtigen, der gleichzeitig Vorsitzender der nordwürttembergischen CDU ist. Einmal zur Aktion entschlossen (angesichts der Großkopfeten), hätte er die Tat auch mit Stil vollenden müssen, wenn er die feine schwäbische Lebensart besitzen hätte. Theodor Hauss beispielsweise konnte mit Würde Milch holen. Auch die beiden indirekt an dem Fall beteiligten Herren der Wirtschaft wären sicherlich der unerwarteten Anforderung mit Pragmatismus und einer gewissen Eleganz gerecht geworden. Freilich ist anzunehmen, daß in ihrem Bereich die Organisation sowieso besser funktioniert.

Claus Preller
(-/20.3.1975/ka/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller